



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 65 wird der Tit. 883 63 „Zuschüsse des Landes an Gemeinden im Rahmen des Bund/Länder-Programms für Maßnahmen nach dem Baugesetzbuch (Teil „Soziale Stadt“)“ in den Jahren 2015 und 2016 um jeweils 5 Mio. Euro erhöht.

Begründung:

Ein wichtiger Bereich der Städtebauförderung ist das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das zur städtebaulichen Aufwertung und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen beitragen soll. Das Programm „Soziale Stadt“ ist zum Programmjahr 2012 weiter entwickelt worden. Im Vordergrund stehen weiterhin städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens. Zudem ist es vorrangiges Ziel, in den betreffenden Quartieren den sozialen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Insbesondere die Durchführung nicht-investiver Maßnahmen ist zentrales Element des Programms Soziale Stadt. Die Kommunen sollen unterstützt werden, auf mehr Generationengerechtigkeit sowie familienfreundliche, altersgerechte und die Willkommenskultur stärkende Infrastruktur hinzuwirken.

Nach den empfindlichen Kürzungen der vergangenen Jahre, die sich insbesondere auf die Förderung nicht-investiver Maßnahmen niederschlagen, hat die neue Bundesregierung angekündigt, die Städtebauförderung in der 18. Legislaturperiode um insgesamt 600 Mio. EUR aufzustocken, damit diese ein Volumen von 700 Mio. EUR jährlich erreicht. In Bayern wurden die Landesmittel von 123.850 Tsd. Euro auf 125.050 Tsd. Euro angehoben. Diese Erhöhung reicht bei weitem nicht aus. Vor allem das Programm „Soziale Stadt“ soll aufgewertet werden. Dafür ist es erforderlich, dass auch der Freistaat seine Landesmittel aufstockt.